

Den Arbeitskampf gewinnen – aber wie?

Solidaritätserklärung und Diskussionsbeitrag der Sozialistischen Alternative

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir erklären uns solidarisch mit eurem Arbeitskampf, bei dem ihr nun schon zum 13. Mal streikt. Damit demonstriert ihr den Willen, für eure mehr als berechtigten Forderungen einzustehen, wenn es sein muss, auch in einem langen Arbeitskampf. Es ist gut, dass in anderen Bundesländern nun nachgezogen wird. Eure Ausdauer kann auch für KollegInnen im ganzen Land eine Inspiration sein.

Arbeitgeberhaltung: skandalös!

Der Berliner Senat will weiterhin in Gutsherrenart Entgelt und Arbeitszeit einseitig diktieren. Die einzige Reaktion des Senats auf die Forderungen der GEW: eine weitere Arbeitszeiterhöhung von mindestens sieben Tagen pro Schuljahr für alle Berliner LehrerInnen, um den Lehrerberuf „attraktiver“ zu machen!

Nein zu Schuldenbremse und Kürzungshaushalt

Vor dem Hintergrund der Schuldenbremse sollen die Landeshaushalte zu euren Lasten saniert werden. Die Diskussion um eine Kürzung der Ausgaben für die Inklusion zeigt, wohin die Reise geht. Nußbaum sieht "keine Alternative zum Konsolidierungspfad". Er will schon kein Geld ausgeben, um den Investitionsstau von 3 Mrd. Euro, davon 1 Mrd. bei den Schulen, zu beheben. Nun will er mit dem Doppelhaushalt 2014/15 weitere Kürzungen durchsetzen.

Seit 2001 wurden die Ausgaben des Landeshaushalts um ein Viertel gesenkt. Gleichzeitig wird Geld für Projekte ausgegeben, die nur einer reichen Minderheit und Kapitalbesitzenden dienen: für ein Flughafendesaster, das kein Ende findet; für die Bankenrettung, die ebenfalls ein Fass ohne Boden ist. Die Schuldenbremse ist ein Mittel, um die Kosten der kapitalistischen Krise auf die Bevölkerung abzuwälzen.

Es muss darum gehen, zusammen mit anderen Betroffenen der Kürzungspolitik eine breite Bewegung gegen diese Politik und für massive Investitionen in Bildung und in andere Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge aufzubauen. Angesichts der bevorstehenden Haushaltsabstimmung im Dezember gibt es gute Möglichkeiten, den Kampf für einen Tarifvertrag in Verbindung mit einer

öffentlichen Kampagne gegen den Doppelhaushalt zu bringen, zusammen mit anderen Gewerkschaften und Organisationen politischen Druck aufzubauen und in diesem Zuge auch SchülerInnen und Eltern für die Bewegung zu gewinnen.

Wie weiter streiken?

Die angekündigte Haushaltskonsolidierung des Senats zeigt, dass er einen harten Kurs fahren wird. Dabei rechnet er damit, dass die Schulen wegen des noch hohen Anteils an verbeamteten LehrerInnen trotz Streik offen bleiben.

Vielfach wurde seit der Streikwoche im Mai über einen unbefristeten Streik diskutiert. Im August sprach sich ver.di-Chef Frank Bsirske für einen "Erzwingungsstreik" aus. Wenn angestellte Lehrkräfte glaubhaft damit drohen können, den Schulbetrieb über Wochen hinweg massiv zu beeinträchtigen (und damit in einem noch viel größeren Ausmaß öffentliche Diskussionen über Bildung und deren Finanzierung anzustoßen), dann stehen die Chancen weitaus besser, den Senat an den Verhandlungstisch zu zwingen. In den Kollegien und den GEW-Strukturen sollte deshalb diskutiert werden, wie eine Steigerung des Kampfes über einzelne Warnstreiktage hinaus aussehen kann. Der Weg in diese Richtung ist nicht einfach, und ein Erfolg ist nicht sicher. Aber es besteht andererseits die Gefahr, dass die Streikbeteiligung zurückgeht, wenn für KollegInnen nicht erkennbar ist, wie eine Eskalationsstrategie des Kampfes aussehen kann, um ihn zu gewinnen.

Öffentliche Unterstützung

Eine sehr wichtige Voraussetzung für einen längeren Streik ist die öffentliche Unterstützung. Das heißt besonders eine starke Solidarität von Seiten der SchülerInnen und Eltern.



Sozialistische Alternative ■

www.sozialismus.info - info@sozialismus.info

Hier kann noch viel mehr erreicht werden. Die Arbeitsbedingungen der Lehrenden sind die Lernbedingungen der Lernenden. Mit immer weniger Personal, Zeit und Raum sollen SchülerInnen durch die Bildungsmaschine gehetzt werden, um möglichst schnell als billige Arbeitskräfte auf den Markt zu gehen. Die Bildungs- und Arbeitsbedingungen sind an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientiert und nicht an denen der SchülerInnen und LehrerInnen. Bei einer Steigerung des Tarifikampfes wäre es sinnvoll, gemeinsam mit anderen Gewerkschaften und weiteren BündnispartnerInnen eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zu starten. Ein Hebel dazu kann ein Bündnis von LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern sein, an Schulen zum Beispiel durch Unterstützungskomitees, aber auch stadtweit, wie es gemeinsam mit dem Landeselternausschuss und dem LandeschülerInnenausschuss 2011 bereits einen Ansatz dafür gab.

Beamte einbeziehen - Arbeitszeiterhöhung stoppen

Für einen effektiven Streik ist die Herstellung einer größeren Einheit mit den verbeamteten LehrerInnen nötig. Zwar sind sie nicht direkt vom Tarifvertrag betroffen, wohl aber von der Sparpolitik des Senats. Konkret trifft auch sie die kürzlich beschlossene Arbeitszeiterhöhung, sowie allgemein der gestiegene Arbeitsdruck. Damit haben auch sie ein Interesse an „alternsgerechten Arbeitsbedingungen“. Streiks von BeamtInnen werden vom Berliner Senat momentan als illegal angesehen. Das steht einem Beschluss des Europäischen Gerichtshofes entgegen, dass der Beamtenstreik zu den Grundrechten gehört.

„So heißt es in einem Infoblatt des Arbeitsbereichs Angestellten- und Beamtenpolitik der GEW vom August 2009:

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat zwei bedeutende Entscheidungen gefällt, die das Koalitionsrecht des Art. 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) betreffen. In ihnen werden Kollektivverhandlungen und Streik als durch Art. 11 EMRK geschützt angesehen. Darüber hinaus heben sich beide Entscheidungen zusätzlich aus einer Vielzahl von Gerichtsurteilen ab, da hier die vom Streikverbot betroffene Beschäftigtengruppe die der Beamten war. Im Ergebnis stellt der EGMR fest, dass ein generelles Verbot des Beamtenstreiks im Widerspruch zum Menschenrecht der Koalitionsfreiheit gemäß Art. 11 EMRK steht.

In vielen Fällen hat es auch in den letzten Jahren Streiks der BeamtInnen gegeben. 2011 hat das Verwaltungsgericht in Kassel den Urteilsspruch des EGMR bestätigt. Es kommt jetzt darauf an, dieses Recht in der Praxis durchzusetzen. Ein Beispiel ist der Streik des öffentlichen Dienstes in Hessen 2003 mit 65.000 Beteiligten, darunter der Großteil der

beamteten Beschäftigten. Zuletzt streikten am 4. März in Rheinland-Pfalz 800 und am 16. Mai in Bremen 600 BeamtInnen. Je mehr sich beteiligen, um so mehr kann auch der Druck auf den Senat wirken, nicht gegen Streikende vorzugehen. Es kommt natürlich auch auf die Gewerkschaft an, von Repressionen betroffenen KollegInnen den Rücken zu stärken und sich kollektiv dagegen zu wehren.

Wenn es gelänge, eine Mehrheit von BeamtInnen für einen gemeinsamen Kampf für bessere Arbeitsbedingungen zu gewinnen, könnte man den Druck auf den Senat in einer viel kürzeren Zeitspanne massiv erhöhen. Die unerträgliche Arbeitssituation, wie sie auch viele BeamtInnen auf den gut besuchten Personalversammlungen zum Ausdruck gebracht haben, bietet einen realen Ansatzpunkt, einen gemeinsamen Kampf von angestellten und verbeamteten LehrerInnen in den Schulen vorzubereiten.

Gemeinsame Interessen mit anderen Streikbewegungen

Zur Zeit finden in Berlin weitere wichtige Arbeitskämpfe statt:

An der **Charité** sehen die KollegInnen ihre eigene Gesundheit sowie das Wohl der Patienten unter den jetzigen Bedingungen des Personalmangels gefährdet. Daher fordern sie vom Arbeitgeber einen Tarifvertrag, der eine Mindestbesetzung auf Stationen festschreibt. Diese mutige Tarifbewegung hat auch eine Relevanz für andere Bereiche. So erhebt die GEW Berlin seit Jahren die Forderung nach einer Personalausstattung der Schulen von 110%.

Im **Einzelhandel** streiken die Beschäftigten gegen einen Generalangriff der Arbeitgeber, nämlich der Kündigung ihrer Manteltarifverträge: alle Regelungen zur Arbeitszeit, Pausen, Urlaub usw. stehen auf dem Spiel. Ziel der Arbeitgeber sind die Einführung von Niedriglohngruppen und weitere Flexibilisierung bis zum Umfallen.

Berliner Arbeitskämpfe – gemeinsame Proteste

Die stattfindenden Kämpfe gehen über die rein betriebliche Ebene hinaus. In den betroffenen Bereichen findet sich die große Mehrheit der Bevölkerung wieder: Beschäftigte, Eltern, SchülerInnen, PatientInnen... Durch Solidarität der Beschäftigten untereinander und Vernetzung der Kämpfe kann eine breite gesellschaftliche Gegenwehr organisiert werden, deren Durchsetzungskraft das Niveau einzelner Kämpfe bei weitem übersteigt. So haben AktivistInnen von der Charité und aus dem Berliner Einzelhandel damit begonnen, sich gegenseitig bei Aktionen zu besuchen. Sie diskutieren aber auch, zu gemeinsamen Protesten zu mobilisieren, wenn sich Streiks zeitlich koordinieren lassen. Es wäre auch möglich, das gemeinsam mit euch LehrerInnen abzustimmen. Gemeinsam kann man viel mehr KollegInnen auf die Straße bringen, sich gegenseitig ermutigen und die öffentliche Aufmerksamkeit würde steigen.